



# PARLAMENTSTICKER

AUS DER STADTBÜRGERSCHAFT | 28. AUGUST 2018



## ANPASSUNGEN BEI PLANUNGEN FÜR DAS WESTBAD

**Die gestiegenen Bedarfe im Bremer Westen sollen im Zuge der laufenden Neuausschreibung des Westbades berücksichtigt werden. Das hat die Bürgerschaft heute beschlossen. „Die Neuplanung eröffnet die Chance, dass Westbad an den veränderten gesellschaftlichen Erfordernissen des Bremer Westens auszurichten und es zukunftsorientiert aufzustellen“, sagte die SPD-Abgeordnete Sascha Aulepp. Zugleich bekräftigte das Parlament seinen Beschluss zum Bäderkonzept und forderte den Senat auf, die Planung und Umsetzung weiter voranzutreiben.**

Die Bürgerschaft hat sich heute klar zum Bäderkonzept bekannt. Das Parlament stimmte einem Antrag der rot-grünen Koalition zu, der den Beschluss bekräftigt und den Senat auffordert, die Planung und Umsetzung voranzutreiben. „Mit dem Bäderkonzept haben wir 2014 eine gute konzeptionelle Grundlage geschaffen, die alle bremischen Nutzergruppen ausgewogen berücksichtigt hat“, sagte Sascha Aulepp in der Debatte. „Wir können aber nicht ignorieren, dass sich unsere Gesellschaft seitdem verändert hat.“

Aulepp verwies darauf, dass Walle und Gröpelingen zu den Bremer Stadtteilen mit dem höchsten Wachstum gehörten. „Wir sind 2014 bei den Planungen des neuen Westbades von einer anderen Ausgangslage ausgegangen, als wir sie jetzt vorfinden, und konnten die aktuellen Bedarfe so nicht absehen. Das ist in vielen Bereichen so, und das ist auch beim Schwimmen so“, sagte die Sozialdemokratin. Sie verwies auf 1.200 Unterschriften, die Bürgermeister Carsten Sieling in der vergangenen Woche von Bürgerinnen und Bürgern sowie von

42 Einrichtungen aus den Stadtteilen überreicht worden seien. Und sie erklärte, sie sei dankbar, dass Sieling darauf hingewiesen habe, dass angesichts der aufgrund der veränderten Sachlage beim Baugrund ohnehin notwendigen Neuplanung die zusätzlichen Bedarfe in der Planung berücksichtigt werden sollten – im Rahmen der grundsätzlichen Verständigung im Bäderkonzept.

„Ich finde es sehr gut, dass wir hier ein Signal aussenden in die Stadtteile, von denen wir immer reden, wenn es darum geht, da viel zu tun, wo es am nötigsten ist“, betonte Aulepp. „Steigende Kinderzahlen und sinkende Wasserflächen passen nicht zusammen. Wir müssen die aktuelle Chance, die sich durch die Neuausschreibung des Westbades ergeben haben, daher nutzen,

nachzusteuern und die Neuplanung zukunftsgerecht anzupassen.“

Bei dieser Neuplanung müssten alle Nutzergruppen beteiligt werden, betonte Aulepp, und dies müsse schnell geschehen, damit man mit den Planungen zügig vorankomme. Zudem mahnte sie die Opposition, keine unrealistischen Versprechungen zu machen. „Die Möglichkeiten des Ausbaus sind begrenzt, nicht nur finanziell, sondern auch durch die Lage des Westbades. Denn der Westen braucht nicht nur das Hallen- und das Freibad, wir wollen auch die Eissporthalle erhalten“, sagte Aulepp. Deshalb müsse man auch über Prioritäten reden – was bedeute, dass nicht alles Wünschenswerte umsetzbar sei. Aulepp: „Es ist das vornehme Recht der Opposition, ‚Wünsch-Dir-Was‘ zu spielen und zu sagen, im Himmel sei Jahrmarkt. Das machen wir nicht. Wir machen das, was tatsächlich möglich ist.“

> Antrag: Planung und Umsetzung des Bäderkonzepts vorantreiben  
<http://tiny.cc/westbad>



Sascha Aulepp

## Antrag **BÜRGERSCHAFT BESCHLIESST ERINNERUNGSKONZEPT**

Die Gräueltaten des Nationalsozialismus dürfen niemals in Vergessenheit geraten. In Bremen gibt es eine engagierte und breit gefächerte Erinnerungslandschaft, die aus zahlreichen Vereinen, Gruppen, Einzelpersonen und öffentlichen Einrichtungen besteht. Ein Forum, das beim Präsidium der Bürgerschaft angesiedelt werden soll, soll sich nun damit befassen, wie diese Erinnerungslandschaft fortentwickelt werden kann. Das hat das Parlament heute beschlossen.

„Es ist nicht damit getan, nur ein Mahnmal zu bauen. Erinnerung kann nur aufrecht erhalten werden, wenn alle gesellschaftlichen Gruppen miteinbezogen werden“, betonte der SPD-Fraktionsvorsitzende, Björn Tschöpe, heute in seiner Rede in der Bürgerschaft.

Um diese Einbeziehung unter anderem beim geplanten „Arisierungsmahnmal“ zu gewährleisten hat das Parlament heute beschlossen dass ein Forum von Einrichtungen, Vereinen und Projekten beim Präsidium der Bürgerschaft eingerichtet werden soll. Der Antrag, den die rot-grüne Koalition gemeinsam mit der Linken eingebracht hatte, sieht vor, dass dieses Forum unter Einbeziehung der Landeszentrale für politische Bildung einen Vorschlag erarbeiten soll, wie das „Arisierungsmahnmal“ konzeptionell in die Bremer Erinnerungslandschaft eingebunden werden kann. Zudem soll es sich damit befassen, wie



**Björn Tschöpe**

trale für politische Bildung einen Vorschlag erarbeiten soll, wie das „Arisierungsmahnmal“ konzeptionell in die Bremer Erinnerungslandschaft eingebunden werden kann. Zudem soll es sich damit befassen, wie



diese Erinnerungslandschaft insgesamt fortentwickelt, verknüpft und gestärkt werden kann.

Der Antrag sieht außerdem vor, dass es im Rahmen der Erstellung des Erinnerungskonzeptes eine öffentliche Anhörung unter Beteiligung der Jüdischen Gemeinde, des Vereins Erinnern für die Zukunft und von Vertretern nicht-jüdischer Opfer- und Verfolgtengruppen geben soll. Und schließlich bittet die Bürgerschaft darin

den Senat, die bereits aufgenommenen Gespräche mit zivilgesellschaftlichen Organisationen, und Unternehmen zur Errichtung eines „Arisierungsmahnmals“ zügig und konstruktiv weiterzuführen und der Kulturdeputation darüber zu berichten.

> Antrag: Wider das Vergessen – Bremer Erinnerungskonzept für die Opfer des NS-Regimes  
<http://tiny.cc/widerdasvergessen>